
• Der Sprecher*innenrat des BBE •

BBE-Stellungnahme

Berlin, den 18. August 2021

Wir fordern: Solidarität mit der Zivilgesellschaft Afghanistans

Die Entwicklungen der vergangenen Tage in Afghanistan stellen eine menschliche Tragödie unfassbaren Ausmaßes dar. Der Abzug westlicher Truppen hat das Land in ein Chaos gestürzt und die Hoffnungen vieler afghanischer Bürger*innen auf ein friedliches und demokratisches Leben zerstört. Wer für eine internationale Organisation gearbeitet hat, sich für Medienfreiheit, Frauenrechte und Demokratie einsetzte, wer die Entwicklung der Zivilgesellschaft unterstützt ist nun in Gefahr. Besonders gefährdet sind viele Frauen und Mädchen in Afghanistan. In Anbetracht der aktuellen Lage gilt es, unbürokratisch Hilfestellung zu leisten.

Besonders gefährdet sind in der aktuellen Situation

- Ortskräfte der Bundesregierung,
- afghanische Aktivist*innen und Menschenrechtler*innen, die sich etwa für Frauenrechte stark gemacht haben,
- afghanische Mitarbeitende deutscher und von Deutschland finanzierter zivilgesellschaftlicher Institutionen, sowie
- afghanische Medienvertreter*innen, die mit deutschen Medien zusammengearbeitet haben.

Diesen Personen und ihren nächsten Verwandten muss schnellstmöglich die Ausreise aus Afghanistan nach Deutschland oder in ein sicheres Drittland ermöglicht werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- eine funktionierende Luftbrücke zu etablieren,
- Verwaltungshandeln für die Ausreise nicht in Afghanistan durchzuführen, sondern in Deutschland oder einem sicheren Drittland nachzuholen,
- die humanitäre und finanzielle Hilfe für die Nachbarstaaten von Afghanistan aufzustocken, um die Personen adäquat aufnehmen zu können, sowie
- sich für eine Selbstverpflichtung jedes Bundeslandes zur Aufnahme eines Kontingents an Geflüchteten bzw. des o.g. Personenkreises stark zu machen.

In diesem Zusammenhang weisen wir auf die folgenden beiden Petitionen hin und rufen zur Unterzeichnung und Verbreitung dieser auf:

»[Rettung aller gefährdeten Afghanen](#)«

»[Schafft sichere Fluchtwege aus Afghanistan](#)«

Berlin, den 18. August 2021

BBE-Sprecher*innenrat
